

# Dresdner Volkszeitung

Verlag: Aden & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Redaktion: Gehr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren monatlich 6.00 M., durch die Post monatlich 1.50 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Ein Exemplar 30 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Ezechunde am wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9-spaltige Komposition 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3-spaltige Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpachtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefverbreitung 30 Pf.

Nr. 259

Dresden, Sonnabend den 6. November 1920

31. Jahrg.

## Heraus zur Novemberkundgebung!

Die Sozialdemokratische Partei veranstaltet am 9. November, dem Jahrestag der deutschen Revolution, in mehreren Sälen Dresdens und der Umgebung feierliche, der Würde des Tages entsprechende Versammlungen.

### Arbeiter, Arbeiterinnen, Beamte und Angestellte!

Begleitet diesen Tag durch Arbeitsruhe! Besucht in Massen diese Kundgebungen! Lokale und Stunde werden am Montag durch Inseerat bekanntgegeben. Zeigt, daß es euch ernst ist mit dem Willen zur sozialistischen Demokratie, mit der Erhaltung und dem Ausbau der Republik!

Die Leitung der Sozialdemokratischen Partei Groß-Dresden.

### Das proletarische Japan

Durch die europäischen Blätter laufen seit Friedensschluß unausgesetzt Schilderungen von beispiellos stark verbesserten Arbeitsbedingungen, von einem revolutionären Erwachen des Proletariats, von einem beträchtlichen Mitgliederzuwachs der Arbeiterorganisationen, von einer prächtig gabelnden sozialistischen Bewegung in Japan. Schade nur, daß man bei einem Versuch, für diese Schilderungen stichhaltige Beweise in der harten Wirklichkeit zu finden, auf herbe Enttäuschungen stößt. Es fehlt natürlich auch im proletarischen Japan nicht an Versuchen, die Lage zu verbessern, noch an Ausständen mit offenen Widerständen. Nur sind solche Zeichen des Erwachens — oder der Not! — der Arbeiterschaft viel geringer, als es von fern den Anschein hat. Und dann erregen sie in dem Lande der sprichwörtlichen Unterordnung, der fleischgewordenen Bedürfnislosigkeit, der allmächtigen Staatsgewalt allseits ungeheures Aufsehen, und sie werden dank der geräuschvollen Geschäftigkeit der Staatsgewalt leicht zu weitweilenden Sensationen. Lohn- und sonstige Forderungen, die nach europäischen Verhältnissen meist von lächerlicher Winzigkeit sind, werden in der hand der japanischen Presse, für deren Sensationslust zu leicht ein Beispiel nicht zu finden ist, zu mammutartigen Größen. Die so gearteten Berichte gehen dann von der bürgerlichen Presse in Arbeiterblätter über und entfachen da Meinungen und Hoffnungen von himmelhoher Ueberschwänglichkeit.

Damit ist aber der organisierten Arbeiterschaft, die Wahrheit vor allem braucht, nicht gedient. Und die Wahrheit vom proletarischen Japan sieht leider trüber aus, als dem europäischen Arbeiter lieb sein kann. Es soll gewiß nicht behauptet werden, daß die revolutionäre Windsturm, die vom Abendland aus über den Erdball segelt, an dem asiatischen Ankerort spurlos vorübergegangen sei, doch es ist mehr als die Not als revolutionärer Wille, was die Bewegung entzündet.

Die japanische Unternehmerschaft ist im Bewußtsein noch verhältnismäßig als eine andre; ihre politische und wirtschaftliche Uebermacht nützt sie rücksichtslos aus. Es muß schon hoch kommen, wenn sie mit ein paar Sen den Tagelohn ausbeutert. Der praktische nicht organisierten Arbeitern gebricht es an der Mächtigkeits, Druck hinter ihre Forderungen zu setzen, und wo unerträgliche Drangsal zur Revolte treibt, wird sie schnell mit Säbel und Flinten gedankt.

Auf der Washingtoner Arbeitstafel hat sich Japan der Einführung des Achtstundentags, vielleicht von der Minenindustrie abgesehen, widersetzt. Der Vertreter Dr. C. Kamada zeigte sich nur geneigt, für die Einführung des 9/11stündigen Arbeitstages als allgemeine Regel einzutreten. Für manche Industrien, wie für die Spinnereien, glaubte er den zehnstündigen Arbeitstag genügend. Die japanische Regierung hat sich auch nicht dazu verstanden, die Nachtarbeit in den Bergwerken für Jugendliche zu verbieten, wohl aber hat sie eingeführt, die Nachtarbeit für fünfzehnjährige im Laufe dreier Jahre zu untersagen, ein Alter, das später auf 16 Jahre hinaufgesetzt werden soll. Die Kinder mit zwölf Jahren können nach wie vor am Tage beschäftigt werden.

Die Zustände in Japan werden noch durch einen Brief aus Tokio beleuchtet, der Ende Juni geschrieben ist und von einem Genossen stammt, der bei der älteren Generation europäischen Sozialdemokraten einen guten Klang hat. Nach einigen mehr persönlichen Mitteilungen geht der Brief weiter:

„Wir japanischen Genossen fördern tagtäglich die Lehren nach Berichten aus Deutschland durch, weil wir glauben, von Ihrer Heimat Lehren für uns erhalten zu können. ... Nun möchte ich auch Ihnen einige zuverlässige Nachrichten von unserer Bewegung geben. Sie wissen, Nachrichten von uns sind schriftliche und mündliche Propaganda sehr wertvoll, weil wir von der Regierung eifrig beobachtet wurden. Seit einem Jahre hat der Postzensor etwas nachgelassen. Verschiedene sozialistische Werke sind von einigen Genossen herausgegeben worden, dafür sind Uebersetzungen von Propaganda ganz verboten worden, aber die Verbreitung des Sozialismus ist nach wie vor streng unterbunden. Unsere Arbeiter sind durch den Krieg ein ganz klein

wenig aufgeklärter, selbstbewußter. Sie sind mit Lohn- und Arbeitszeitforderungen herborgetreten, was begreiflich ist in Anbetracht der Steigerung der Kosten des Lebensunterhalts um das Dreieinhalbfache. Durch den vor 2 Monaten eingeleiteten Niedergang (Krach) sind viele kleine und einige große Banken bankrott gegangen, eine Menge der neuen Reichen hat ihren Kriegsgewinn verloren und zahlreiche Scharen Arbeiter stehen brotlos auf der Straße.

Wir können nichts tun, als den Lauf der Dinge schweigend zusehen. Was sollten wir tun? Unsere Arbeiter sind nicht aufgeklärt, sie können sich nicht organisieren und leisten nicht Beiträge — 10 bis 30 Yen (20 bis 60 Pf.) den Monat — von ihrem geringen Einkommen zu zahlen.

Der Rest des Briefes des Tokioer Genossen bezieht sich auf Verfolgungen und Einkerkelungen verschiedener Sozialisten.

Man sieht also, wie falsch es ist, schon jetzt von einem sozialistischen Japan zu reden; gleichzeitig aber beweist der Brief auch wieder die Notwendigkeit zuverlässiger sozialistischer Berichterstatter im Ausland, die in enger Fühlung mit den dortigen Parteien stehen und vermittelnd und aufklärend nach beiden Seiten hin wirken.

## Berlin unter kommunistischem Terror

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 6. November. Ueber Nacht ist Berlin wieder von einem Streik betroffen worden, der nicht nur den Groß-Berliner Verkehr aufs empfindlichste stört, sondern das ganze Wirtschaftsleben aufs schlimmste bedroht. Der plötzliche Wille der städtischen Elektricitätsarbeiter ist ein Schlag für die gesamte Arbeiterschaft, die in erster Linie unter dem Stillstand der Elektricitätswerke zu leiden hat, und ebenso ein Schlag gegen die sozialistische Mehrheit in der Berliner Stadtverwaltung. Sie muß es erleben, daß in einem ihrer sozialistischen Betriebe eine gewaltsame Aktion vorgenommen wird. In der gegen alle gewerkschaftlichen Grundsätze verstoß. Vor etwa 14 Tagen waren die städtischen Arbeiter mit neuen Lohnforderungen an die Verwaltung herangetreten, die den städtischen Etat mit 118 Millionen Mark belasten würde.

In einer Versammlung der städtischen Arbeiter wurde mit großer Mehrheit beschlossen, wenn der Magistrat nicht innerhalb 48 Stunden verhandelt, werde der Streik proklamiert werden. Die Obleute in den Elektricitätswerken kamen gestern abend noch zu einer Sonderversammlung zusammen und beschlossen mit bedeutender Mehrheit die sofortige Arbeitsniederlegung. Der Direktor der Werke wurde von den Streikenden nicht einmal von dem Beschluß Bericht gegeben. Sie stand heute früh vor der vollendeten Tatsache.

Berlin, 6. November. Die Funktionäre des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter beschlossen gestern, zunächst nicht zu streiken, sondern eine Urabstimmung stattfinden zu lassen. Die Angehörigen des Magistrats beschloßen in gleichem Sinne. Die Urabstimmung findet am Montag statt.

Berlin, 6. November. Zum Streik der Elektricitätsarbeiter wird mitgeteilt: Die Arbeit ist niedergelegt worden in den Elektricitätswerken Moabit, Krummeltburg und Oberippec. In allen anderen Werken wird noch gearbeitet; jedoch finden überall unter den Belegschaften Urabstimmungen statt, ob in den Streik getreten werden soll oder nicht. Auch in den Eisenbahnbetriebsstellen sowie in den Gas- und Wasserwerken wird abgestimmt. Bis jetzt sind von dem Streik nur die Stadtteile betroffen, die durch die obengenannten Werke versorgt werden. So ist u. a. eine große Anzahl von Groß-Berliner Krankenhäusern nicht mehr in der Lage, einfache Operationen auszuführen, weil es an Licht und natürlich auch an der erforderlichen Kraft mangelt.

Wie der Berliner Zeitung am Mittag von maßgebender Seite mitgeteilt wird, ist der Streik der Berliner Elektricitätsarbeiter auf die unverantwortliche Höhe des Kommunistenführers Zyl zurückzuführen, der von russischen Geldern leben soll. Die gesamten Arbeiterführer sowie alle Gewerkschaften sprechen sich gegen diesen wilden Streik aus.

### Reichsregierung und Novemberfeier

Berlin, 5. November. (Amtlich.) Auf Anfrage hat das Kabinett beschlossen, daß am 9. November in den Reichsbetrieben und -behörden nicht gefeiert wird.

Der Beschluß entspricht der Schwunglosigkeit und Verpöcherung der bürgerlichen Parteien, wie sie schon anlässlich der vorjährigen Revolutionsfeier zum Ausdruck kam. Man hätte von der Reichsregierung erwarten können, daß sie in ihrer Stellung zum 9. November über den bloßen Parteienstandpunkt hinausgekommen wäre und die historische Bedeutung des Tages zu würdigen verstanden hätte, der die neuen Grundlagen des republikanischen Deutschland schuf.

Für die werktätigen Massen heißt die Parole nunmehr erst recht: Feiern!

### Ein Kabinett Vandervelde?

Amsterdam, 6. November. Die aus Brüssel verlautet, dürfte nach der Ablehnung der Kabinettsbildung durch den bisherigen Ministerpräsidenten Delacroix der Sozialist Vandervelde vom König mit der Kabinettsbildung beauftragt werden. Vandervelde ist soeben aus London zurückgekehrt.

### Die belgische Sozialdemokratie zur Koalitionsfrage

Brüssel, 4. November. In der vom Sozialistischen Parteitag angenommenen Tagesordnung wird zum Ausdruck gebracht, daß die Beteiligung der Arbeiterpartei an einer neuen Regierung, bestehend aus demokratischen Elementen anderer Parteien, kein Verzicht auf das sozialistische Programm aber auf einen Teil desselben bedeute. Die Beteiligung werde stattfinden, wenn

1. der Paragraph aus dem Streikgesetz verschwinde, der das Streikrecht hemmt,
2. wenn der Staat alle Mittel anwende, um die Lebensmittelpreise zu beschränken,
3. wenn das Sozialreformprogramm, das die frühere Regierung angenommen habe, restlos durchgeführt werde,
4. wenn das Gesetz über den Achtstundentag, das die Kammer, aber der Senat noch nicht angenommen habe, zur Annahme gelangt,
5. wenn die Militärdienstzeit nicht länger als höchstens sechs Monate dauere, und
6. wenn die Verfassungsänderung im Sinne der Forderungen der Demokratie durchgeführt werde.

Wenn die Sozialdemokratie praktisch vor der Frage der Beteiligung an der Regierung stehe, soll nochmals ein enger Kongress über die Lage und über die endgültige Entscheidung beschließen.

Berlin, 6. November. Die Arbeiter in den anderen städtischen Werken scheinen den kommunistischen Streik nicht mitmachen zu wollen. Jedenfalls ist es bisher nicht gelungen, die Arbeiter der Gasanstalten und Wasserwerke zur Arbeitsniederlegung zu veranlassen. Die Arbeiter dieser Werke haben beschlossen, heute mittag eine Urabstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Einigungsamtsvorschlages herbeizuführen. Das Resultat wird Montag vermutlich nicht festzustellen sein.

Berlin, 6. November. Der Streik der Elektricitätsarbeiter hat den Betrieb der Straßenbahnen vollkommen lahmgelegt. Dagegen ist der Verkehr auf den Hoch- und Untergrundbahnen, die ihren Strom von eigenen Kraftwerken beziehen, nicht gestört. Sämtliche Bahnhöfe sind überfüllt. In den Wagen herrscht eine drückende Enge. Die elektrische Beleuchtung wird in den betroffenen Bezirken Groß-Berlins heute abend nirgends in Betrieb sein. Nur die Vororte werden Licht haben. Der Fernsprechverkehr ist gefährdet. Das Amt Neukölln hat den Privatverkehr bereits am Vormittag gesperrt. Gegen 11 Uhr ist auch bei den Kemtern Norden, Weißensee, Lichtenberg und Südring sowie Alexander- und Königsplatz der Verkehr für Privatgespräche gesperrt worden. Bei den übrigen Berliner Ämtern wird es im Laufe des Nachmittags geschehen.

### Blutige Siegesfeier

Eigene Drahtmeldung

Berona, 5. November. Eine vor dem Garibaldiabendmal veranstaltete patriotische Kundgebung wurde von radikalen Elementen in solchem Maße gestört, daß einzelne Patrioten den Plan faßten, sich zur Stadthalle zu begeben, um die rote Fahne die infolge der für die Sozialisten günstig auszufallenden Wahlen gehißt worden war, herunterzuholen. Vor dem Stadthaus wurden jedoch mit Schüssen empfangen, wodurch eine Reihe von Personen verletzt wurde. Dieser Vorfall ist gerade die Entzündung der Patrioten auf höchste, das Gebäude wurde getreut. Während im Innern des Gebäudes das Handgemeine fortgesetzt wurde, explodierte eine Bombe, die der sozialistische Deputierte Scabravella bei sich trug. Der Deputierte wurde getötet, einige Rankeanten verletzt. Die rote Fahne wurde vom Gebäude heruntergeholt, worauf das Stadthaus von der Polizei, die die Ruhe und Ordnung wiederherstellte, besetzt wurde.

### Baldiger Friede mit Amerika

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 6. November. Nach Informationen aus Washington hat Harding versprochen, den Kongress in der ersten Hälfte des März an einer besonderen Sitzung einzuberufen und ihm eine Resolution vorzulegen, durch die zwischen Deutschland sowie Teutschösterreich einseitig und den Vereinigten Staaten andererseits der Friedenszustand wieder hergestellt wird.